



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 110'854
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 14
Fläche: 21'970 mm²

Der Vorspann zu den Spardebatten

Nationalrat genehmigt Staatsrechnung 2015

Die Augen auf das kommende Stabilisierungspaket gerichtet, heissen die Nationalräte die Staatsrechnung gut. Die hohen Nachtragskredite im Asylwesen billigen sie zähneknirschend.

maa. · Das spannendste Traktandum ist es in der Regel nicht, wenn das Parlament in der Sommersession die Staatsrechnung des Vorjahrs abnimmt und die erste Tranche an Nachtragskrediten für das laufende Jahr behandelt. Formell mag die Rechnungsgenehmigung eine wichtige Obliegenheit der Bundesversammlung sein, faktisch gibt es meist wenig zu entscheiden. Zu reden aber gibt es dieses Jahr schon: Das anstehende Sparpaket wirft seine Schatten voraus. Und die Nachtragskredite sind mit 397 Millionen Franken überdurchschnittlich happig – der Grund sind die gestiegenen Kosten im Asylbereich.

2015 sei die prosperierende Wirtschaft in eine abflachende übergegangen, hat Bundesrat Ueli Maurer am Dienstag vor dem Nationalrat erklärt, der die Rechnung als Erstrat behandelte. Eigentlich erscheint das Rechnungsergebnis ja erfreulich: Der Bund erzielte einen Überschuss von 2,3 Milliarden Franken. Doch gerade die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer lagen um 1,3 Milliarden und 0,3 Milliarden unter Budget. Diese beiden Steuern, so führte Maurer aus, spiegelten jeweils unmittelbar die wirtschaftliche Entwicklung.

Zahlreiche Votanten brachten sich in Stellung für das Stabilisierungsprogramm 2017–2019, das wohl in der nächsten Session ins Parlament gelangen wird. Zentral sei, dass die Sparmassnahmen auf alle Departemente verteilt würden, sagte etwa Albert Vitali (fdp., Luzern) namens seiner Fraktion. Gemäss Markus Hausammann (svp., Thurgau) müsse die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bundesaufgaben berücksichtigt werden. In den letzten Jahren seien die Bereiche der internationalen Zusammenarbeit, der sozialen Wohlfahrt und der Bildung und Forschung besonders stark gewachsen. Für Philipp Hadorn (sp., Solothurn) wurde der Bundeshaushalt mit der Unternehmenssteuerreform II destabilisiert – es gelte jetzt, Steuerprivilegien abzubauen, statt mit der nächsten Reform neue zu schaffen.

Schliesslich genehmigte der Rat die Staatsrechnung mit 186 zu 3 Stimmen. Weniger deutlich war die Zustimmung zu den Nachtragskrediten: Die SVP verweigerte ihr Plazet, so dass ein Stimmenverhältnis von 124 zu 64 resultierte. Man wolle ein Signal dafür setzen, dass die Asylkosten unbedingt gebündelt werden müssten, begründete Jean-Pierre Grin (svp., Waadt) das Nein. Wie Finanzminister Maurer ausführte, würden die gesprochenen Gelder für die beim Jahreswechsel bereits anwesenden Asylbewerber verwendet. Der Bundesrat werde bei der zweiten Tranche der Nachtragskredite voraussichtlich erneut um Kredite im Asylbereich ersuchen müssen, um die Zunahme der Personen während des Jahres abzugelten.